

# Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag des Deutschen Instituts für  
Altersvorsorge GmbH

28.10.2019



## **Feldzeit:**

25.10. – 28.10.2019

## **Methodik:**

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

## **Stichprobe:**

2.042 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

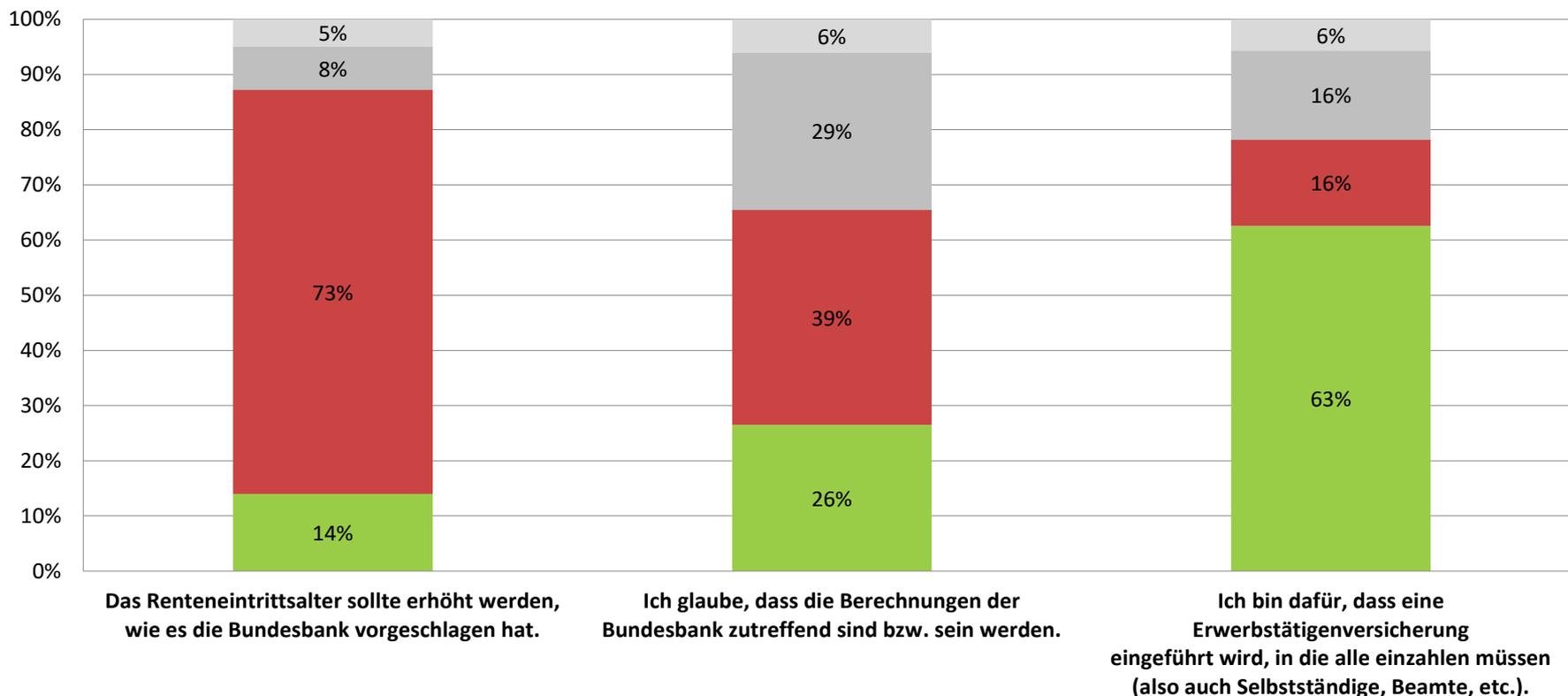
## **Einleitender Text zur Frage:**

Die Bundesbank hat für die Deutsche Rentenversicherung vorausberechnet, wie sich die Beitragssätze, der Staatszuschuss und das Versorgungsniveau auf Grund der demografischen Entwicklung bis 2070 entwickeln. Ohne Änderungen des aktuellen Rentensystems wäre laut Bundesbank eine Erhöhung des Rentenbeitragssatzes von aktuell 18,6 Prozent auf 26 Prozent im Jahr 2070 notwendig. Außerdem müsse der Bundeszuschuss von derzeit rund 100 Milliarden Euro im Jahr um etwa die Hälfte erhöht werden. Gleichzeitig müsse man in Kauf nehmen, dass sich das Versorgungsniveau um fast 17 Prozent verringert.

Die Bundesbank hat entsprechend vorgeschlagen, das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen und an die künftige Lebenserwartung zu koppeln. Nach gegenwärtigen Bevölkerungsprognosen müsste die Altersgrenze dann bis 2070 auf 69 Jahre und vier Monate steigen.

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

■ stimme zu ■ stimme nicht zu ■ weiß nicht ■ keine Angabe



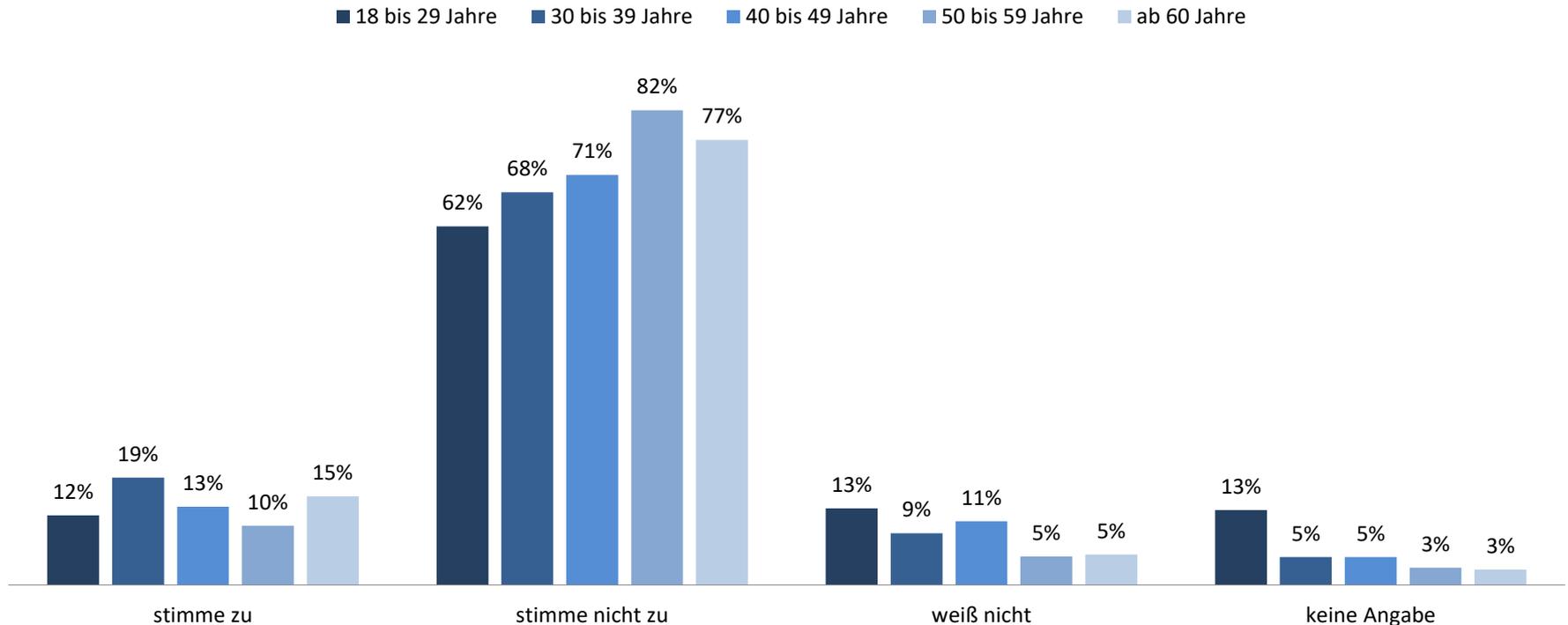
Nachdem die von der Bundesbank vorgelegten Berechnungen dargestellt wurden, sind dennoch 73 Prozent der Befragten gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. 14 Prozent sind dafür.

Ein Viertel der Befragten (26 %) ist der Meinung, dass die Berechnungen der Bundesbank stimmen. Hingegen sind 39 Prozent nicht dieser Meinung. 29 Prozent wissen nicht, ob sie die Berechnungen zutreffend finden oder nicht.

Eine deutliche Mehrheit von 63 Prozent ist dafür, dass eine Erwerbstätigenversicherung eingeführt wird, in die alle einzahlen müssen. 16 Prozent sind dagegen und weitere 16 Prozent wissen nicht, wie sie dazu stehen.

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

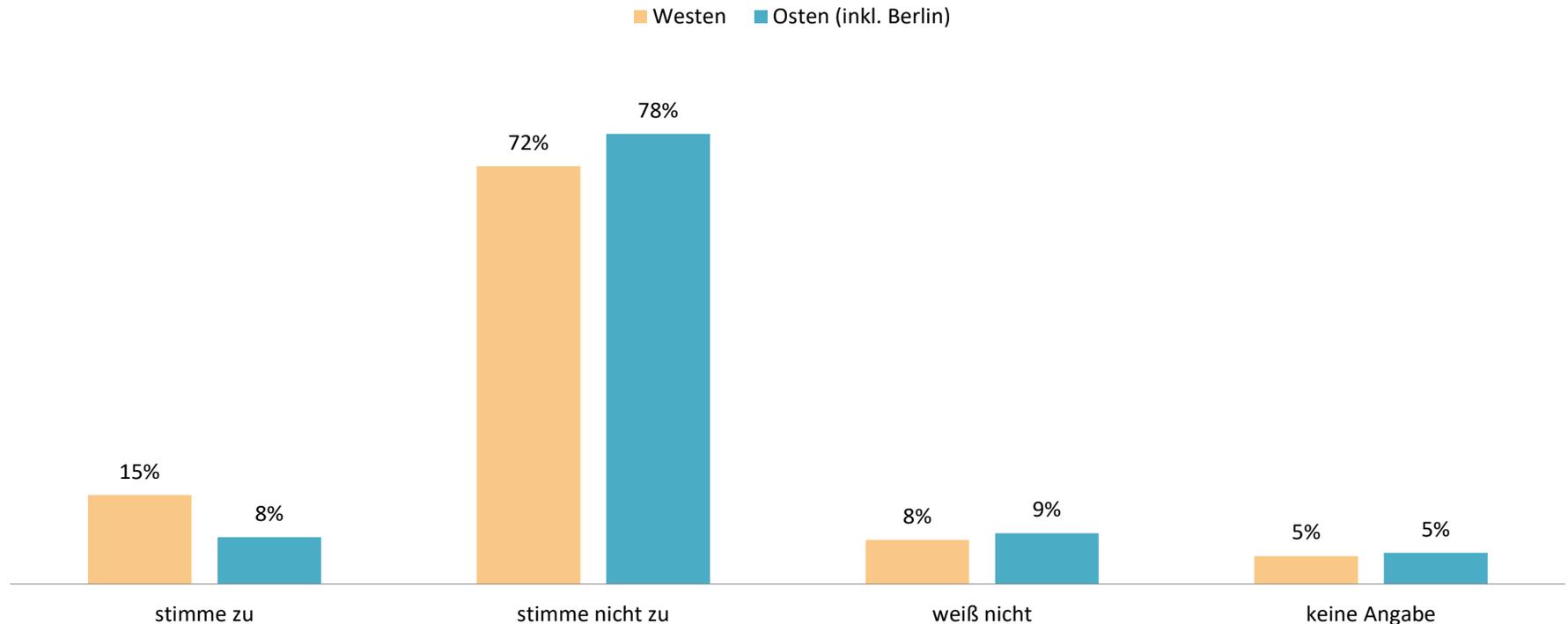
## Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, wie es die Bundesbank vorgeschlagen hat.



Die Erhöhung des Renteneintrittsalters so wie von der Bundesbank vorgeschlagen trifft bei den verschiedenen Altersgruppen auf ähnlich große Zustimmung bzw. Ablehnung. Es zeigen sich keine eindeutigen Tendenzen. Die Zustimmung bewegt sich zwischen zehn und 19 Prozent, die Ablehnung steigt tendenziell mit dem Alter – von 62 auf 82 und fällt dann wieder leicht auf 77 Prozent – jedoch ist bei Befragten unter 50 Jahren der „weiß nicht“-Anteil und bei den jüngsten Befragten der Anteil an Nichtantworten deutlich höher.

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

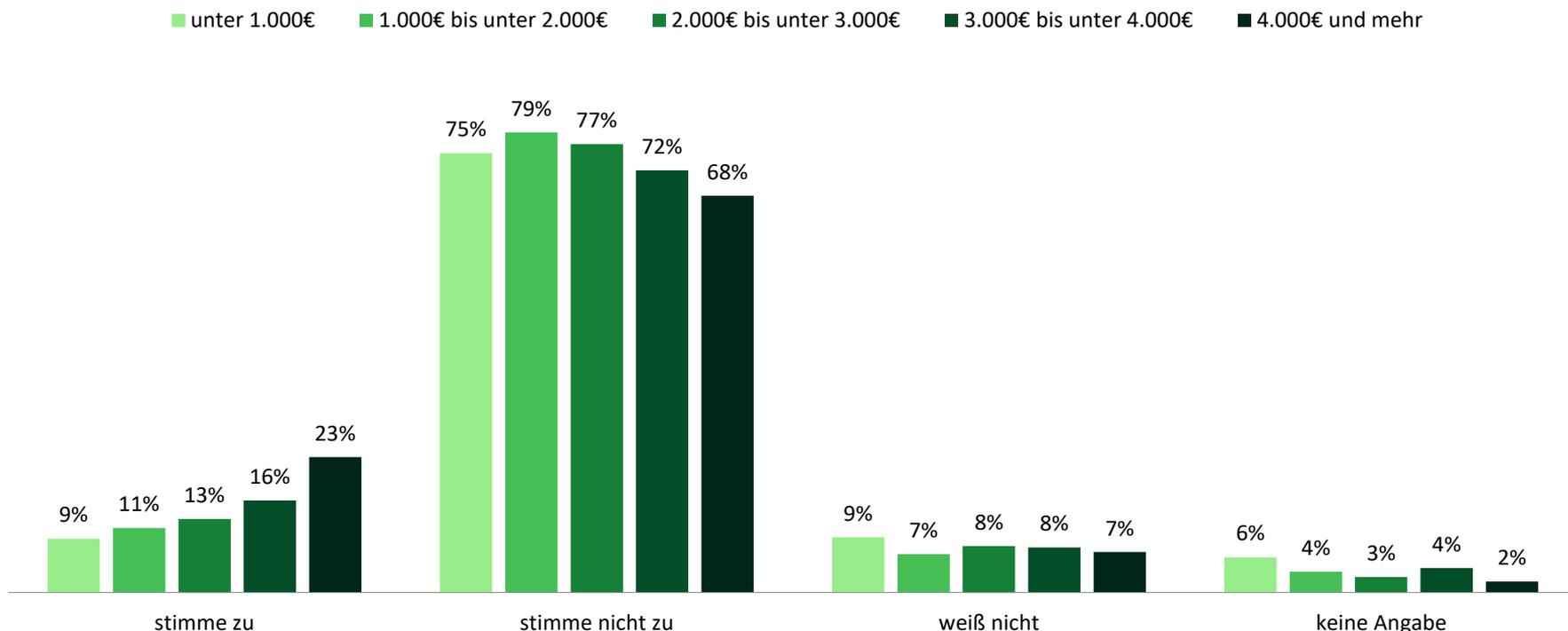
Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, wie es die Bundesbank vorgeschlagen hat.



Während im Westen Deutschlands 15 Prozent der Befragten für eine Erhöhung des Renteneintrittsalters sind, sind es im Osten Deutschlands acht Prozent. Umgekehrt ist das Verhältnis bei der Ablehnung der Aussage (72 zu 78 %).

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

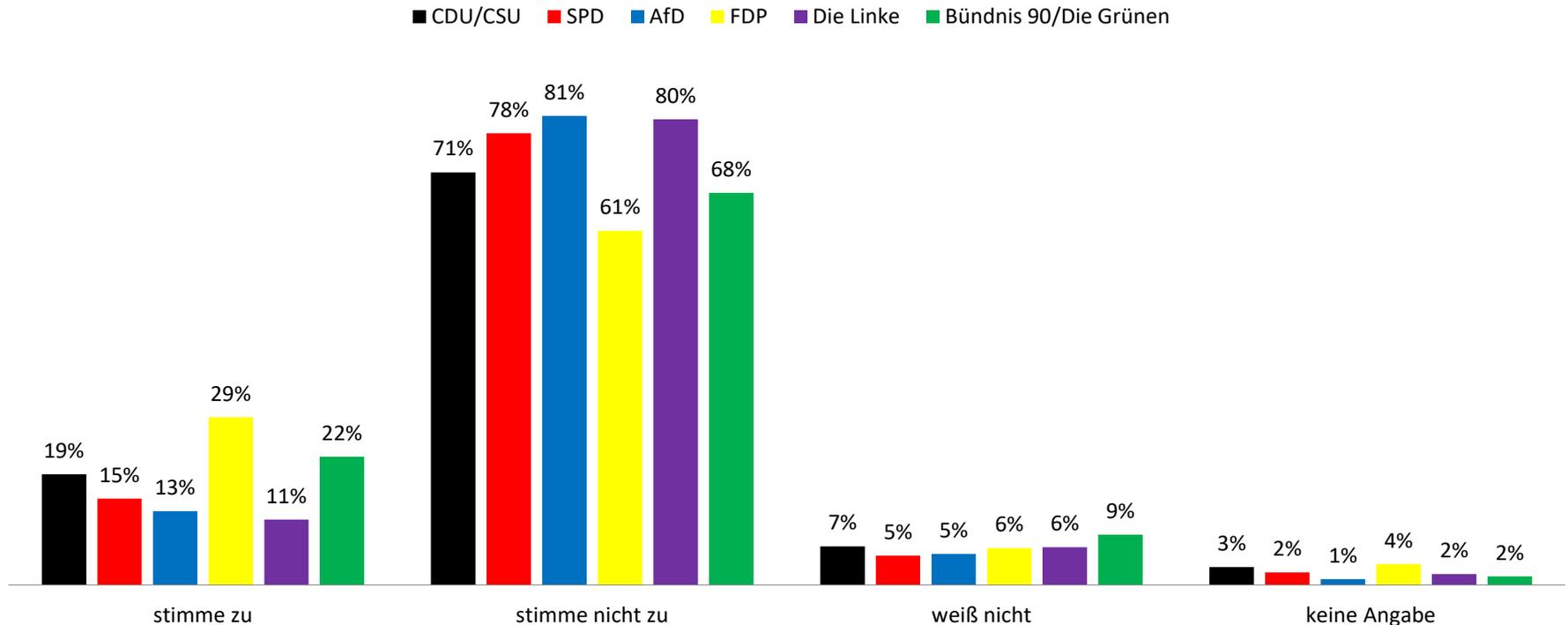
**Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, wie es die Bundesbank vorgeschlagen hat.**



Mit steigendem Einkommen steigt auch die Zustimmung zu einer Erhöhung des Renteneintrittsalters. Während neun Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro zustimmen, steigt der Anteil kontinuierlich bis auf 23 Prozent der Befragten mit einem Einkommen von 4.000 Euro und mehr. Die umgekehrte Tendenz zeigt sich in der Ablehnung.

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

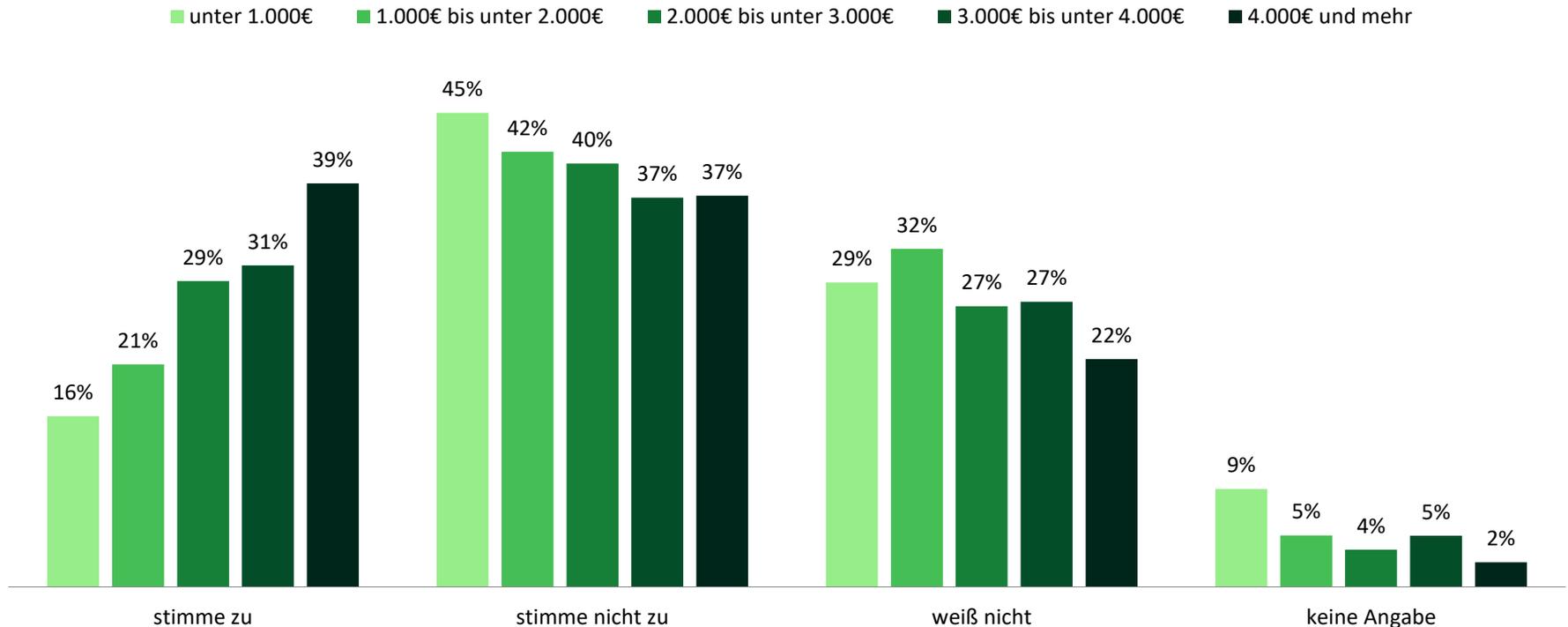
**Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, wie es die Bundesbank vorgeschlagen hat.**



Für die Erhöhung des Renteneintrittsalters ist keine Wählergruppe mehrheitlich – im Gegenteil wird sie von allen Gruppen mehrheitlich abgelehnt. Die größte Zustimmung kommt von den Wählern der FDP (29 %, 61 % Ablehnung), gefolgt von den Grünen-Wählern (22 %, 68 % Ablehnung) und den Union-Wählern (19 %, 71 % Ablehnung). SPD-, AfD- und Linke-Wähler sind zu elf bis 15 Prozent für die Erhöhung des Eintrittsalters (78-81 % Ablehnung).

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

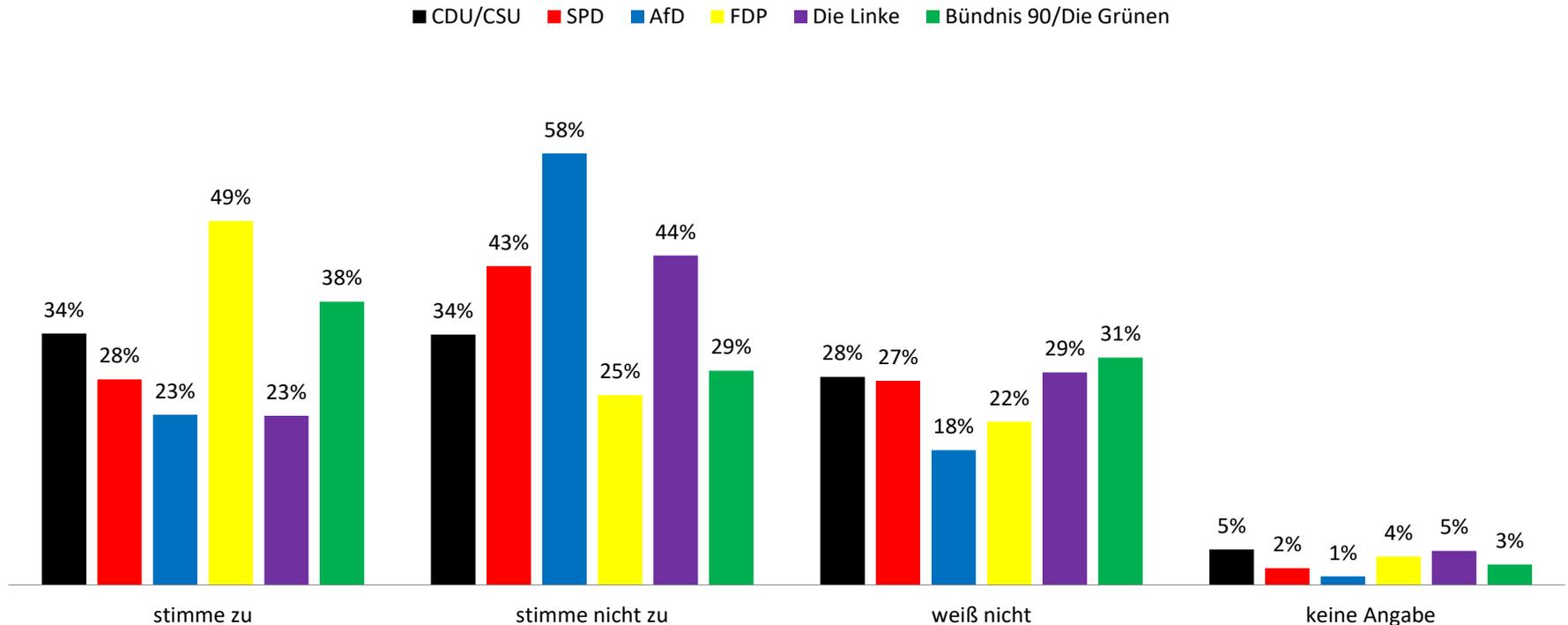
Ich glaube, dass die Berechnungen der Bundesbank zutreffend sind bzw. sein werden.



Dass die Berechnungen der Bundesbank zutreffend sind meinen 16 Prozent der Befragten in der Gruppe mit dem kleinsten Einkommen. Der Anteil steigt bis auf 31 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 bis unter 4.000 Euro und dann weiter auf 39 Prozent der Befragten mit 4.000 Euro und mehr. Umgekehrt ist die Tendenz bei der Ablehnung, wobei Befragte mit dem größten Einkommen deutlich seltener mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ antworten.

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

Ich glaube, dass die Berechnungen der Bundesbank zutreffend sind bzw. sein werden.

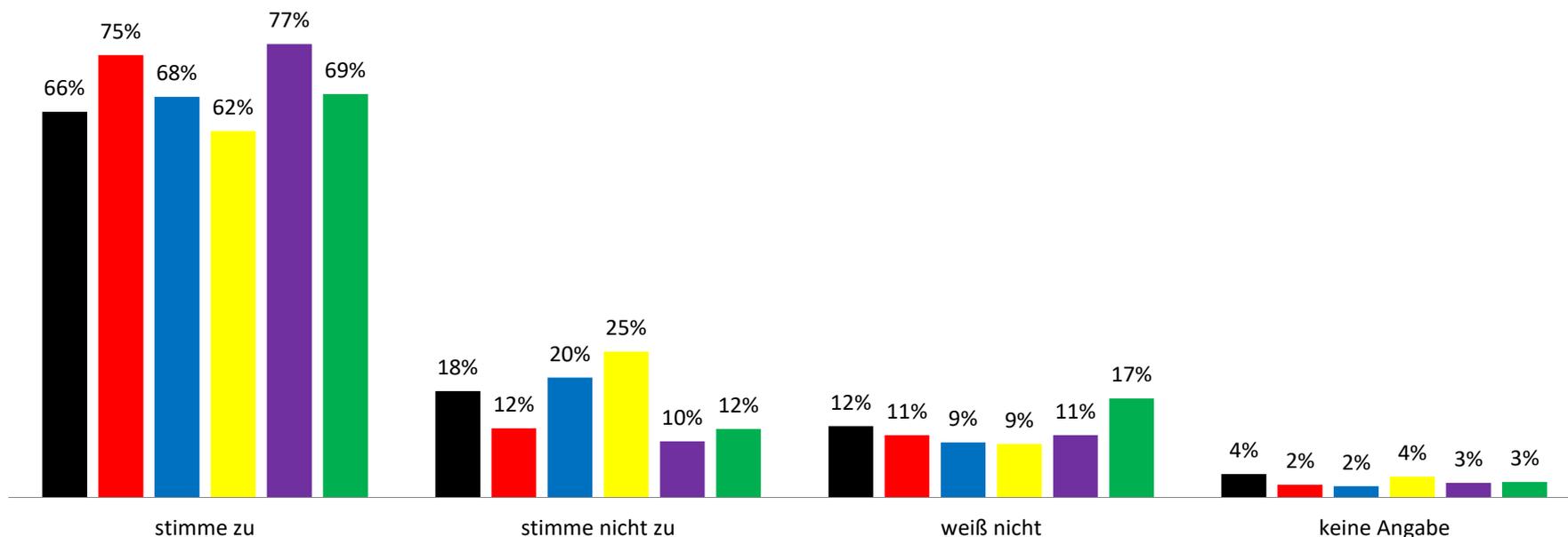


Die größte Akzeptanz der Berechnung der Bundesbank gibt es bei den Wählern der FDP (49 %, 25 % Ablehnung). Auch bei Grünen-Wählern ist die Zustimmung größer als die Ablehnung (38 zu 29 %). Union-Wähler verteilen sich auf Zustimmung und Ablehnung gleich (je 34 %). Bei den restlichen Wählergruppen gibt es jeweils mehr Befragte, die nicht glauben, dass die Berechnung der Bundesbank zutreffend sind bzw. sein werden (SPD: 28 zu 43 %, AfD: 23 zu 58 %, Linke: 23 zu 44 %). Absolut-mehrheitlich abgelehnt wird die Aussage nur von den AfD-Wählern (58 %).

# Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen im Hinblick auf die Berechnung und Vorschläge der Bundesbank?

Ich bin dafür, dass eine Erwerbstätigenversicherung eingeführt wird, in die alle einzahlen müssen (also auch Selbstständige, Beamte, etc.).

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Für die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung sind die Wähler aller Parteien mehrheitlich – dabei gibt es geringfügige Unterschiede (Anteile zwischen 62 und 77 %). Abgelehnt wird die AfD von 25 Prozent der FDP-Wähler, 20 Prozent der AfD-Wähler und 18 Prozent der CDU/CSU-Wähler (10-12 % restliche Gruppen).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**INSA-CONSULERE GmbH**

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.